Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6313

27. 11. 96

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer, Dr. Helmut Lippelt, Gerd Poppe, Waltraud Schoppe und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200, 13/5836, 13/6001 bis 13/6025, 13/6026, 13/6027

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag weist die ungeheuerlichen Anschuldigungen und Drohungen aus dem Iran gegen die mit dem Mykonos-Prozeß befaßten Vertreter der deutschen Justiz nachdrücklich und mit aller Entschiedenheit zurück. Die vielfältigen Versuche der iranischen Staatsführung, auf das Prozeßgeschehen Einfluß zu nehmen, machen die Notwendigkeit einer rückhaltlosen Aufklärung der Hintergründe um so deutlicher. Aktivitäten iranischer Geheimdienste auf deutschem Boden gefährden in der Bundesrepublik Deutschland lebende Exiliraner. Dies darf nicht geduldet werden. Die zahlreichen Morde an Oppositionellen im europäischen Ausland geben mehr als deutliche Hinweise auf die Verwicklung iranischer Agenten und die Nutzung der Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland bei der Vorbereitung und Durchführung von Anschlägen.

Die jüngsten Entwicklungen zeigen deutlich, daß die Politik des „Kritischen Dialogs" mit dem Iran nicht zu den gewünschten Erfolgen geführt hat. Zunehmend ist der Eindruck entstanden, daß er lediglich die relativ guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Iran legitimieren soll. Zu einer Verbesserung der Menschenrechtslage im Iran hat er jedenfalls nichts beigetragen. Dies zeigen in jüngster Zeit das Verschwinden des oppositionellen Schriftstellers Faradj Sarkui, die zunehmenden Repressionen gegen Journalisten und Schriftsteller und die erneute Verhängung von Todesurteilen gegen Mitglieder der Baha'i -Gemeinschaft. Auch ein neues Etikett, wie das der „aktiven Einwirkung" wird an dieser Erfolglosigkeit nichts ändern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

– gegenüber der iranischen Regierung die Angriffe auf die deutsche Justiz nachdrücklich zurückzuweisen,

- in Absprache mit den europäischen Partnern eine Politik gegenüber dem Iran zu vereinbaren, die im Unterschied zum „Kritischen Dialog" deutliche Forderungen bezüglich der Durchsetzung der Menschenrechte im Iran aufstellt,
- die diplomatischen Beziehungen mit dem Iran in Art und Umfang zu überprüfen,
- jegliche geheimdienstliche Zusammenarbeit mit iranischen Diensten einzustellen,
- geheimdienstliche Aktivitäten von seiten des Iran und von iranischen Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland nicht länger zu dulden,
- die iranische Regierung aufzufordern, Auskunft über den Verbleib des Schriftstellers Faradj Sarkui zu geben und ihn umgehend freizulassen, falls er sich in Haft befindet,
- die Verfolgung oppositioneller Schriftsteller und Intellektueller einzustellen und die Meinungs- und Glaubensfreiheit zu gewährleisten,
- unabhängigen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International Zugang und freie Recherchemöglichkeiten im Iran zu gewähren,
- alles zu unterlassen, was auf wirtschaftlicher und politischer Ebene zur Stabilisierung des iranischen Regimes beiträgt.

Bonn, den 25. November 1996

Amke Dietert-Scheuer
Dr. Helmut Lippelt
Gerd Poppe
Waltraud Schoppe
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333